An die staatlichen Leiter der beiden Wirtschaftsbereiche, in deren Lehr- und Wohnheimen Verstöße gegen die Heimordnung vom 29. November 1971 festgestellt wurden, erging ein Hinweis nach § 38 StAG. Der Staatsanwalt nutzte eine Arbeitstagung der Heimleiter und Erzieher eines Wirtschaftsbereichs, um den Hinweis

zu erläutern. Auf dieser Tagung wurde eine Arbeitsentschließung angenommen, in der stärker als je zuvor erzieherische Zielstellungen berücksichtigt wurden und die Probleme der Ordnung und Sicherheit konkreten Ausdruck fanden.

KARIN HARTMANN, Staatsanwalt
beim Staatsanwalt des Bezirks Rostock

Aktive Mitwirkung Jugendlicher bei der Durchsetzung des sozialistischen Rechts

In NJ 1974 S. 48 ist über die FDJ-Interessengemeinschaft „Sozialistisches Recht“ im Bereich TKO der Maxhütte Unterwellenborn informiert worden. Als Mitglieder dieser Interessengemeinschaft können wir bestätigen, daß sie uns viele Impulse für unsere gesellschaftliche Arbeit gibt.

Die Mitarbeit in der Interessengemeinschaft vermittelt uns nicht bloß gute Rechtskenntnisse, sondern hilft uns vor allem, das politische Wesen des sozialistischen Rechts zu erkennen. Insbesondere die Aussprache über das neue Jugendgesetz der DDR vom 28. Januar 1974 hat uns deutlich gemacht, wie der bewährte Grundsatz sozialistischer Jugendpolitik, der Jugend Vertrauen entgegenzubringen und ihr gleichzeitig Verantwortung zu übertragen, in diesem Gesetz weiter ausgestaltet wurde.

Wir bemühen uns, unsere Kenntnisse und Erkenntnisse aus der Interessengemeinschaft auch in unseren Kollektiven nutzbar zu machen. So setzen wir uns dafür ein, daß sich bei allen Jugendlichen die sozialistische Einstellung zur Arbeit, zum Lernen und zum Leben entwickelt und festigt, daß die Jugendlichen die Gesetze achten und entsprechend den Normen des sozialistischen Zusammenlebens der Menschen handeln — wie das § 6 des Jugendgesetzes fordert. Dazu gehört, bewußt Disziplin und Ordnung einzuhalten, das sozialistische Eigentum zu schützen und Arbeitsunfälle zu verhüten. Hierzu haben wir eine Reihe von praktischen Schlußfolgerungen gezogen.

Um Ordnung, Sicherheit, Sauberkeit und Disziplin zu verbessern und die Initiative „Ohne Unfälle und Havarien den Plan erfüllen“ zu fördern, arbeiten z. B. zahlreiche Brigaden seit mehr als einem Jahr nach der Bassow-Methode. Zu Beginn jeder Schicht werden durch einen arbeitsschutzverantwortlichen Kollegen und den Schichtleiter die Geräte und Maschinen kontrolliert, wobei festgestellte Mängel sofort beseitigt werden. Die Brigade, die sich überwiegend aus Jugendlichen zusammensetzt, gewährleistet einen pfleglichen Umgang mit Werkzeugen sowie deren richtige Aufbewahrung. Jeder Kollege übernimmt in einem Zeitraum von vier Wochen die Arbeits-

schutzwache. Wir werten quartalsweise die Arbeit nach der Bassow-Methode aus. Daran nehmen die Jugendlichen aktiv teil. Das wirkt sich besonders günstig bei der Arbeit am Jugendobjekt „Automatische Stahl- und Roheisenanalyse“ aus. Seit der Einführung der Bassow-Methode wird an diesem Objekt unfallfrei gearbeitet.

Einige Mitglieder unserer Interessengemeinschaft sind zugleich Mitglieder der Konfliktkommission oder arbeiten im Jugendhilfeausschuß mit. Die Kenntnisse, die sie in der Interessengemeinschaft erworben haben, kommen ihnen in diesen gesellschaftlichen Funktionen sehr zustatten. Umgekehrt tragen die Jugendfreunde ihre Erfahrungen aus der Arbeit in der Konfliktkommission bzw. im Jugendhilfeausschuß dann in die Interessengemeinschaft hinein, so daß dort stets die Verbindung von theoretischem Wissen und Beispielen aus der Praxis hergestellt ist.

Zur Koordinierung der Aufgaben bei der Durchsetzung des sozialistischen Rechts sowie zur Einhaltung von Ordnung und Sicherheit gibt es im Bereich TKO eine Vereinbarung, die von den Leitungen der Abteilungs- und Gewerke-

Schaftsorganisation des Bereichs und der FDJ-Grundeinheit sowie der Konfliktkommission mit der staatlichen Leitung abgeschlossen wurde. Im Ergebnis unserer Diskussion über das neue Jugendgesetz haben wir angeregt, diese Vereinbarung zu überarbeiten und insbesondere die FDJ noch stärker in die Lösung dieser Aufgaben einzubeziehen. Die Neufassung der Vereinbarung garantiert der FDJ ein größeres Mitspracherecht und erschließt damit weitere Möglichkeiten für das schöpferische Handeln aller Jugendlichen.

So werden z. B. in den Arbeitsbesprechungen des Bereichsleiters vierteljährlich Fragen der Durchsetzung des sozialistischen Rechts im Bereich, insbesondere Probleme der Ordnung und Sicherheit, behandelt. An diesen Arbeitsbesprechungen nehmen Vertreter der FDJ-Leitung teil. Auch zu der monatlichen Information des Bereichsleiters über bestimmte Schwerpunktaufgaben des Betriebes unter besonderer Berücksichtigung der Arbeit mit der Bassow-Methode und der Tätigkeit der Arbeitsschutzwachen wird neben dem Vertreter der AGL und dem Vorsitzenden der Konfliktkommission der FDJ-Kontrollposten hinzugezogen. Schließlich ist jetzt auch bei den halbjährlichen Auswertungen der Tätigkeit der Konfliktkommission außer den leitenden Mitarbeitern des Bereichs ein Vertreter der FDJ-Leitung zugegen.

In allen Beratungen wirken die Mitglieder der FDJ aktiv mit und tragen so entsprechend ihren Aufgaben und Möglichkeiten zur Durchsetzung des sozialistischen Rechts im Betrieb und in gesellschaftlichen Organisationen bei.

CHRISTINE BECHMANN,
HANNELORE TEICHMANN
und JORGEN SILLGE, Mitglieder
der FDJ-Interessengemeinschaft
„Sozialistisches Recht“
im VEB QEK Maxhütte Unterwellenborn

Erfahrungen bei der Vorbereitung einer Sicherheits- und Rechtskonferenz im Kreis

Eine Sicherheits- und Rechtskonferenz im Kreis hat die Aufgabe, Erfahrungen bei der Gewährleistung der sozialistischen Gesetzlichkeit, der Ordnung, Sicherheit und Disziplin in der Volkswirtschaft, beim Schutz des sozialistischen Eigentums und beim Kampf gegen Disziplin- und Rechtsverletzungen auszutauschen und zugleich neue Aktivitäten und Initiativen der Werktätigen auf diesem Gebiet zu wecken. Deshalb kommt bereits der gründlichen Vorbereitung einer solchen Konferenz große Bedeutung zu. Einige Erkenntnisse, die wir im Kreis Staffurt bei der Vorbereitung einer Sicherheits- und Rechtskonferenz gewonnen haben, sollen im folgenden mitgeteilt werden.

Nachdem die SED-Kreisleitung, der Rat des Kreises, der FDGB-Kreisvorstand und der Kreisausschuß der Nationalen Front in einem gemeinsamen Aufruf die Zielstellung der Konferenz und die wichtigsten Aufgaben zu ihrer Vorbereitung in der Öffentlichkeit dargelegt hatten, wurde ein Maßnahmenplan mit konkreten Festlegungen ausgearbeitet. Danach hatte der Rat des Kreises zu sichern, daß die Räte der Städte und Gemeinden, die Direktoren und Leiter der Kombinate, Betriebe und Einrichtungen sowie die Leiter der Kooperativen Abteilungen Pflanzenproduktion und die Vorsitzenden der LPGs in die Vorbereitung der Konferenz einbezogen werden.

Sehr wichtig war die Bildung von